

Wir brauchen ein weltweites Plastik-Abkommen

Von Nils Simon und Maro Luisa Schulte

Bis zu 13 Millionen Tonnen Plastik finden jedes Jahr ihren Weg in die Weltmeere. Der Müll bedroht mehr als 800 Tierarten, vermüllt Strände und kostet die Tourismus-Industrie weltweit jährlich hunderte Millionen Dollar. Einmal ins Meer gelangt, verteilen Strömungen den Kunststoff über den ganzen Globus. Auf nationaler Ebene lässt sich dieses Problem aber nicht lösen: Bislang setzt die Weltgemeinschaft auf Freiwilligkeit, aber das reicht längst nicht aus. Es ist an der Zeit, die Plastiklawine an Land und damit an ihrem Ursprung anzugehen, und zwar mit klaren und international bindenden Regeln. Nicht zuletzt scheint es wirtschaftlich geboten, dass die Staatengemeinschaft einen völkerrechtlichen Vertrag verhandelt, argumentieren Nils Simon und Maro Luisa Schulte von der Berliner Denkfabrik adelphi in ihrer aktuellen Studie „Stopping Global Plastic Pollution: The Case for an International Convention“ für die Heinrich-Böll-Stiftung.

Ein Alltag ohne Plastik ist für die meisten Menschen kaum vorstellbar: Wir verwenden Kunststoffe für Verpackungen und Kleidung ebenso wie für Spielzeuge und Smartphones. Die Plastikhersteller verzeichnen seit Jahrzehnten ein anhaltend starkes Wachstum. Sie setzen weltweit 750 Milliarden US-Dollar im Jahr um und können mit einem andauernden Boom rechnen.

Plastik ist billig, vielseitig und langlebig – und somit ein Jahrhundert-Problem

Doch der Erfolg hat eine Kehrseite: Von den zuletzt 322 Millionen Tonnen Plastik, die im Jahr 2015 produziert wurden, landen zwischen fünf und 13 Millionen Tonnen pro Jahr in den Weltmeeren. Viele Menschen kennen die eindringlichen Bilder von Vögeln und Schildkröten, die das Plastik mit Futter verwechseln oder sich in Verpackungen und Netzen verfangen und sterben. Die Vereinten Nationen schätzen, dass mehr als 800 Tierarten durch den Müll im Meer bedroht sind. Da

Kunststoffe biologisch nicht abgebaut werden, zerfallen sie in immer kleinere Teile. Fische und Krustentiere halten dieses Mikroplastik für Futter, so dass es sich in der Nahrungskette anreichert und am Ende bei uns Menschen auf dem Teller landet.

Aber die Probleme gehen noch weiter: Die Herstellung des Plastiks aus fossilen Rohstoffen setzt im Jahr rund 400 Millionen Tonnen CO₂ frei, schätzt die Europäische Kommission. Zu guter Letzt führt das Übermaß an Plastik vor allem in Entwicklungsländern zu handfesten Problemen: Der unverrottbare Kunststoffmüll verstopft die Kanalisation, weshalb es bei starken Regenfällen schnell zu Überschwemmungen kommt.

Zwar lässt sich in Europa ein Trend zu verantwortungsvollem Umgang mit Plastikmüll erkennen. So verzichtet etwa in Deutschland eine zunehmende Zahl von Einzelhändlern auf Plastiktüten. Doch auch die europäischen Abfallsysteme sind von Perfektion weit entfernt. In Nord- und Ostsee ziehen Fischer alljährlich tonnenweise Kunststoff-Müll aus

dem Meer. Und weniger als 30 Prozent des in der EU eingesammelten Plastikmülls werden wiederverwertet – ein ungenutztes wirtschaftliches Potenzial in Milliardenhöhe.

Nicht freiwillige Aktionspläne, sondern ein völkerrechtlich verbindlicher Vertrag ist nötig

Bisher versucht die Weltgemeinschaft, das Problem vor allem mit freiwilligen Maßnahmen einzudämmen, die sich oft auf die Ozeane konzentrieren. Doch um die Müllflut wirksam anzugehen, müssen wir an ihren Quellen ansetzen, und die liegen zum größten Teil an Land. Plastik muss nachhaltiger gestaltet und produziert, sparsamer verwendet, gezielter eingesetzt und schließlich ausnahmslos eingesammelt und nach Möglichkeit wiederverwertet werden. Dies wird nicht von alleine geschehen, sondern braucht einen gemeinsamen globalen Handlungsrahmen.

In der Anfang April bei der Heinrich-Böll-Stiftung erscheinenden Studie „Stopping Global Plastic Pollution: The Case for an International Convention“ empfehlen die Autoren, dass die Weltgemeinschaft zügig Verhandlungen über ein internationales Abkommen über die Verwendung von Plastik aufnimmt.

Ein solcher völkerrechtlich verbindlicher Vertrag sollte das Ziel beinhalten, den Eintrag von Plastik in die Weltmeere vollständig zu verhindern. Da die Bedingungen in den Ländern sehr unterschiedlich sind, könnten die teilnehmenden Staaten aus einer Vielzahl erprobter Maßnahmen diejenigen aussuchen, die für sie umsetzbar und effektiv sind. In detaillierten Umsetzungsplänen sollten die Regierungen öffentlich machen, wie sie die Verpflichtungen umzusetzen gedenken. Ein Überprüfungsmechanismus sollte diese Pläne auf Plausibilität testen, Schwächen aufdecken und Verbesserungen vorschlagen.

Nachhaltige Plastikwirtschaft rechnet sich

Die Staatengemeinschaft müsste hinreichende Finanzmittel bereitstellen, um Schwellen- und Entwicklungsländern dabei zu unterstützen,

ihre Abfall-Sammelsysteme zu verbessern. Der größte Teil der Gelder müsste trotzdem aus den Ländern selbst kommen. Dies kann gelingen, denn ein Plastik-Abkommen ergibt vor allem wirtschaftlich Sinn: Eine nachhaltige Plastikwirtschaft kann helfen, Millionenschäden zu vermeiden und Milliarden an Ressourcen einzusparen. Bis zu 120 Mrd. US-Dollar, rechnet die Ellen Mac Arthur Foundation vor, gehen momentan jährlich verloren, weil Verpackungen nur einmal kurz benutzt und dann weggeworfen werden. Deshalb sollten alle Akteure ein Eigeninteresse daran haben, Kunststoffe nachhaltig einzusetzen.

Industrie und Zivilgesellschaft müssen mit an den Verhandlungstisch

Schon bei der Verhandlung eines solchen Abkommens müssen alle Akteure mit am Tisch sitzen: Neben Politikern auch Hersteller und Händler ebenso wie die Abfallwirtschaft und Organisationen, die im Umweltschutz- und Entwicklungsbereich tätig sind.

Gerade Menschen aus Entwicklungsländern betonten in den Experteninterviews der Studie, wie dringend groß angelegte internationale Maßnahmen gegen die Plastikflut seien. Selbst Industrievertreter äußerten sich grundsätzlich positiv über einen multilateralen Ansatz. Zumindest ein Teil von ihnen hat erkannt, welches Problem sie selbst mitgeschaffen haben: Solange die Müllflut nicht eingedämmt wird, droht ihnen ein erheblicher Imageschaden. Doch Investitionen in nachhaltigeres Plastik lohnen sich erst dann, wenn alle ihren Teil der Verantwortung übernehmen. Und das kann nur gelingen, wenn die Weltgemeinschaft einen gemeinsamen, verbindlichen Rahmen vereinbart.

Kontakt: Nils Simon, Senior Projektmanager, adelphi, simon@adelphi.de

[Vollversion der Studie \(Englisch\)](#)